

Neuer SDSN-Bericht: Ein globaler Plan zur Finanzierung der Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs) ist dringend erforderlich

Paris, 2. Juni 2022 - Heute wurde die 2022 Edition des Sustainable Development Reports und SDG Index veröffentlicht, die den Fortschritt bei der Umsetzung der Ziele für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals, SDGs) verfolgt. Der Bericht zeigt, dass zahlreiche, parallel verlaufende internationale Krisen die Fortschritte bei den 17 Zielen, die von allen UN-Mitgliedsländern auf dem historischen Gipfel 2015 verabschiedet wurden, ins Stocken gebracht haben.

"Fünfzig Jahre nach der ersten UN-Konferenz über die Umwelt des Menschen in Stockholm im Jahr 1972 sind die grundlegenden SDG-Prinzipien der sozialen Inklusion, der sauberen Energie, des verantwortungsvollen Konsums und des allgemeinen Zugangs zu öffentlichen Dienstleistungen mehr denn je erforderlich, um auf die großen Herausforderungen unserer Zeit zu reagieren. Arme und gefährdete Länder sind besonders stark von verschiedenen Gesundheits-, geopolitischen und Klimakrisen und deren Auswirkungen betroffen. Um die Fortschritte bei den SDGs wiederherzustellen und zu beschleunigen, brauchen wir eine globale Zusammenarbeit, um die Pandemie zu beenden, ein Ende des Krieges in der Ukraine auszuhandeln und die globale Finanzierung zu sichern, die für die Erreichung der SDGs erforderlich ist", sagt **Prof. Jeffrey D. Sachs**, Präsident des SDSN und Erstautor des Berichts.

Angaben zur Zitierung:

Sachs, J., Lafortune, G., Kroll, C., Fuller, G., Woelm, F. (2022). From Crisis to Sustainable Development: the SDGs as Roadmap to 2030 and Beyond. Sustainable Development Report 2022. Cambridge: Cambridge University Press.

Der Bericht kann hier kostenlos heruntergeladen werden:

Webseite: <https://www.sdgindex.org/>

Datenvisualisierung: <https://dashboards.sdgindex.org/>

Das zweite Jahr in Folge macht die Welt keine Fortschritte mehr bei den SDGs.

Mehrere und gleichzeitig ablaufende Gesundheits-, Klima-, Biodiversitäts-, geopolitische und militärische Krisen sind ein großer Rückschlag für die nachhaltige Entwicklung weltweit. Der Weltdurchschnitt des SDG Index ist 2021 das zweite Jahr in Folge leicht gesunken, was vor allem auf die Auswirkungen der Pandemie auf SDG 1 (Keine Armut) und SDG 8 (Menschenwürdige Arbeit und Wirtschaftswachstum) und die mangelhaften Ergebnisse bei SDG 11-15 (Klima, Biodiversität und nachhaltige Stadtentwicklung) zurückzuführen ist. Neben den massiven humanitären Kosten haben militärische Konflikte - wie der Krieg in der Ukraine - erhebliche internationale Auswirkungen auf die Ernährungssicherheit und die Energiepreise, die durch die Klima- und Biodiversitätskrisen noch verstärkt werden. Außerdem verdrängen sie den Raum für langfristiges Denken und Investitionen. Frieden, Diplomatie und internationale Zusammenarbeit sind grundlegende Voraussetzungen dafür, dass die Welt bei den SDGs bis 2030 und darüber hinaus vorankommt.

Der SDG Index 2022 wird von Finnland angeführt, gefolgt von drei nordischen Ländern - Dänemark, Schweden und Norwegen - und alle Länder in den Top 10 sind europäische Länder. Doch selbst diese Länder stehen bei der Verwirklichung mehrerer SDGs vor großen Herausforderungen. Insgesamt ist Ost- und Südasiens die Region, die seit der Verabschiedung der SDGs im Jahr 2015 die größten Fortschritte gemacht hat.

Bangladesch und Kambodscha sind die beiden Länder, die seit 2015 die größten Fortschritte bei den SDGs gemacht haben. Im Gegensatz dazu ist Venezuela seit der Verabschiedung der SDGs im Jahr 2015 im SDG Index am stärksten zurückgefallen.

"Wir nähern uns der Halbzeit der SDGs auf dem Weg zum Jahr 2030 und die Ziele wurden in mehreren Ländern bereits auf einem vielversprechenden Niveau institutionalisiert. In der zweiten Hälfte braucht es jedoch weltweit eine deutliche Beschleunigung der Maßnahmen", sagt **Prof. Christian Kroll**, Professor für Nachhaltigkeit und Mitverfasser des Berichts.

Ein globaler Plan zur Finanzierung der nachhaltigen Entwicklung ist dringend erforderlich.

Die Verwirklichung der SDGs ist im Wesentlichen eine Investitionsagenda für physische Infrastruktur (einschließlich erneuerbarer Energien und digitaler Technologien) und Humankapital (einschließlich Gesundheit und Bildung). Doch die ärmste Hälfte der Welt hat keinen Marktzugang zu Kapital zu akzeptablen Bedingungen. Arme und sozial schwächere Länder wurden von den zahlreichen Krisen und ihren Auswirkungen hart getroffen. Steigender Haushaltsdruck, höhere Militärausgaben und größere Verschiebungen von strategischen Prioritäten, insbesondere in den europäischen Ländern, könnten die für die Unterstützung einer nachhaltigen Entwicklung weltweit verfügbaren Entwicklungsgelder einschränken. Vor diesem Hintergrund wird in dem Bericht ein *Fünf-Punkte-Plan* für die Finanzierung der SDGs auf globaler Ebene vorgestellt. Er unterstreicht die Schlüsselrolle der G20, des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Multilateralen Entwicklungsbanken (MEB) bei der Ausweitung der SDG-Finanzierung auf globaler Ebene.

Zur Halbzeit der Agenda 2030 gibt es große Unterschiede in den politischen Bemühungen und Verpflichtungen für die SDGs.

Zur Halbzeit auf dem Weg zu 2030 ist die Integration der SDGs in Politiken, Vorschriften, Haushaltsplanungen, Monitoringsysteme und andere staatliche Maßnahmen und Verfahren in den einzelnen Ländern noch sehr unterschiedlich. Unter den G20-Mitgliedsstaaten zeigen die Vereinigten Staaten, Brasilien und die Russische Föderation die geringste Unterstützung für die Agenda 2030 und die SDGs. Im Gegensatz dazu zeigen die nordischen Länder eine vergleichsweise hohe Unterstützung für die SDGs, ebenso wie Argentinien, Deutschland, Japan und Mexiko. Einige Länder, wie zum Beispiel Benin und Nigeria, weisen große Lücken im SDG Index auf, erhalten aber relativ hohe Punktzahlen für ihre politischen Bemühungen. Bemerkenswert ist, dass sowohl Benin als auch Mexiko in den letzten Jahren SDG Staatsanleihen ausgestellt haben, um ihre Investitionen in nachhaltige Entwicklung zu erhöhen.

Zum zweiten Mal seit der Verabschiedung der SDGs im Jahr 2015 werden alle UN-Mitgliedstaaten im September 2023 am Rande der UN-Generalversammlung zum SDG-Gipfel zusammenkommen, um Prioritäten für die Wiederherstellung und Beschleunigung der SDG Fortschritte bis 2030 und darüber hinaus festzulegen. Ehrgeizige und solide nationale Ziele, Strategien und Pläne sind entscheidend, um die SDGs in eine Aktionsagenda zu verwandeln.

Weitere Ergebnisse des Sustainable Development Report 2022:

- Reiche Länder erzeugen negative **internationale Spillover-Effekte**, insbesondere durch nicht nachhaltigen Konsum. Der in diesem Bericht enthaltene internationale Spillover Index 2022 unterstreicht, wie reiche Länder negative sozioökonomische und ökologische Spillover-Effekte erzeugen - unter anderem durch Handels- und Lieferketten, die nicht nachhaltig sind.
- Neue Partnerschaften und Innovationen, die während der COVID-19-Pandemie entstanden sind, unter anderem in den Bereichen wissenschaftliche Zusammenarbeit und Daten, sollten zur Unterstützung der SDGs ausgebaut werden. **Wissenschaft, technologische Innovationen und Informationssysteme** können in Krisenzeiten helfen, Lösungen zu finden, und sie können entscheidende Beiträge zur Bewältigung der großen Herausforderungen unserer Zeit leisten. Dies erfordert verstärkte und anhaltende Investitionen in statistische Kapazitäten, Forschung und Entwicklung sowie Bildung und Qualifizierung.

Seit 2015 liefert der Sustainable Development Report jedes Jahr aktuelle Daten, um die Fortschritte aller UN-Mitgliedstaaten bei den SDGs zu verfolgen und zu bewerten. Der Bericht wird von einer Gruppe unabhängiger Experten des Sustainable Development Solutions Network (SDSN) unter der Leitung seines Präsidenten, Prof. Jeffrey Sachs, verfasst. Der Bericht wird vom SDSN erstellt, von Cambridge University Press veröffentlicht und von der Bertelsmann Stiftung mitfinanziert.

2022 SDG Index Ranking und Punktzahl

	Rank	Country	Score	Rank	Country	Score
	1	Finland	86.5	42	Bulgaria	74.3
	2	Denmark	85.6	43	Cyprus	74.2
	3	Sweden	85.2	44	Thailand	74.1
	4	Norway	82.3	45	Russian Federation	74.1
	5	Austria	82.3	46	Moldova	73.9
	6	Germany	82.2	47	Costa Rica	73.8
	7	France	81.2	48	Kyrgyz Republic	73.7
	8	Switzerland	80.8	49	Israel	73.5
	9	Ireland	80.7	50	Azerbaijan	73.5
	10	Estonia	80.6	51	Georgia	73.4
	11	United Kingdom	80.6	52	Fiji	72.9
	12	Poland	80.5	53	Brazil	72.8
	13	Czech Republic	80.5	54	Argentina	72.8
	14	Latvia	80.3	55	Vietnam	72.8
	15	Slovenia	80.0	56	China	72.4
	16	Spain	79.9	57	North Macedonia	72.3
	17	Netherlands	79.9	58	Peru	71.9
	18	Belgium	79.7	59	Bosnia and Herzegovina	71.7
	19	Japan	79.6	60	Singapore	71.7
	20	Portugal	79.2	61	Albania	71.6
	21	Hungary	79.0	62	Suriname	71.6
	22	Iceland	78.9	63	Ecuador	71.5
	23	Croatia	78.8	64	Algeria	71.5
	24	Slovak Republic	78.7	65	Kazakhstan	71.1
	25	Italy	78.3	66	Armenia	71.1
	26	New Zealand	78.3	67	Maldives	71.0
	27	Korea, Rep.	77.9	68	Dominican Republic	70.8
	28	Chile	77.8	69	Tunisia	70.7
	29	Canada	77.7	70	Bhutan	70.5
	30	Romania	77.7	71	Turkey	70.4
	31	Uruguay	77.0	72	Malaysia	70.4
	32	Greece	76.8	73	Barbados	70.3
	33	Malta	76.8	74	Mexico	70.2
	34	Belarus	76.0	75	Colombia	70.1
	35	Serbia	75.9	76	Sri Lanka	70.0
	36	Luxembourg	75.7	77	Uzbekistan	69.9
	37	Ukraine	75.7	78	Tajikistan	69.7
	38	Australia	75.6	79	El Salvador	69.6
	39	Lithuania	75.4	80	Jordan	69.4
	40	Cuba	74.7	81	Oman	69.2
	41	United States	74.6	82	Indonesia	69.2

Rank	Country	Score	Rank	Country	Score
83	Jamaica	69.0	124	Rwanda	59.4
84	Morocco	69.0	125	Pakistan	59.3
85	United Arab Emirates	68.8	126	Senegal	58.7
86	Montenegro	68.8	127	Cote d'Ivoire	58.4
87	Egypt, Arab Rep.	68.7	128	Ethiopia	58.0
88	Iran, Islamic Rep.	68.6	129	Syrian Arab Republic	57.4
89	Mauritius	68.4	130	Tanzania	57.4
90	Bolivia	68.0	131	Zimbabwe	56.8
91	Paraguay	67.4	132	Mauritania	55.8
92	Nicaragua	67.1	133	Togo	55.6
93	Brunei Darussalam	67.1	134	Cameroon	55.5
94	Qatar	66.8	135	Lesotho	55.1
95	Philippines	66.6	136	Uganda	54.9
96	Saudi Arabia	66.6	137	Eswatini	54.6
97	Lebanon	66.3	138	Burkina Faso	54.5
98	Nepal	66.2	139	Nigeria	54.2
99	Turkmenistan	66.1	140	Zambia	54.2
100	Belize	65.7	141	Burundi	54.1
101	Kuwait	64.5	142	Mali	54.1
102	Bahrain	64.3	143	Mozambique	53.6
103	Myanmar	64.3	144	Papua New Guinea	53.6
104	Bangladesh	64.2	145	Malawi	53.3
105	Panama	64.0	146	Sierra Leone	53.0
106	Guyana	63.9	147	Afghanistan	52.5
107	Cambodia	63.8	148	Congo, Rep.	52.3
108	South Africa	63.7	149	Niger	52.2
109	Mongolia	63.5	150	Yemen, Rep.	52.1
110	Ghana	63.4	151	Haiti	51.9
111	Lao PDR	63.4	152	Guinea	51.3
112	Honduras	63.1	153	Benin	51.2
113	Gabon	62.8	154	Angola	50.9
114	Namibia	62.7	155	Djibouti	50.3
115	Iraq	62.3	156	Madagascar	50.1
116	Botswana	61.4	157	Congo, Dem. Rep.	50.0
117	Guatemala	61.0	158	Liberia	49.9
118	Kenya	61.0	159	Sudan	49.6
119	Trinidad and Tobago	60.4	160	Somalia	45.6
120	Venezuela, RB	60.3	161	Chad	41.3
121	India	60.3	162	Central African Republic	39.3
122	Gambia, The	60.2	163	South Sudan	39.0
123	Sao Tome and Principe	59.4			



Kontakte

Guillaume Lafortune | guillaume.lafortune@unsdsn.org | +33 (0) 6 60 27 57 50, Vizepäsident und Leiter des Pariser Büros, Sustainable Development Solutions Network (SDSN)

Prof. Christian Kroll | c.kroll@alumni.lse.ac.uk

Maëlle Voil | media@unsdsn.org | +33 (0) 6 99 41 70 11

Über SDSN

Das UN Sustainable Development Solutions Network (SDSN) mobilisiert wissenschaftliches und technisches Fachwissen aus dem akademischen Bereich, der Zivilgesellschaft und dem Privatsektor, um praktische Problemlösungen für eine nachhaltige Entwicklung auf lokaler, nationaler und globaler Ebene zu unterstützen. Das SDSN ist seit 2012 unter der Schirmherrschaft des UN-Generalsekretärs tätig. Das SDSN betreibt nationale und regionale Netzwerke von Wissenschaftsinstitutionen sowie lösungsorientierte thematische Netzwerke und leitet die SDG Academy, eine Online-Universität für nachhaltige Entwicklung.